

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2497

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2497](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2497)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Informationsstand  
25.2.2020



März 2020

LILIENBERG

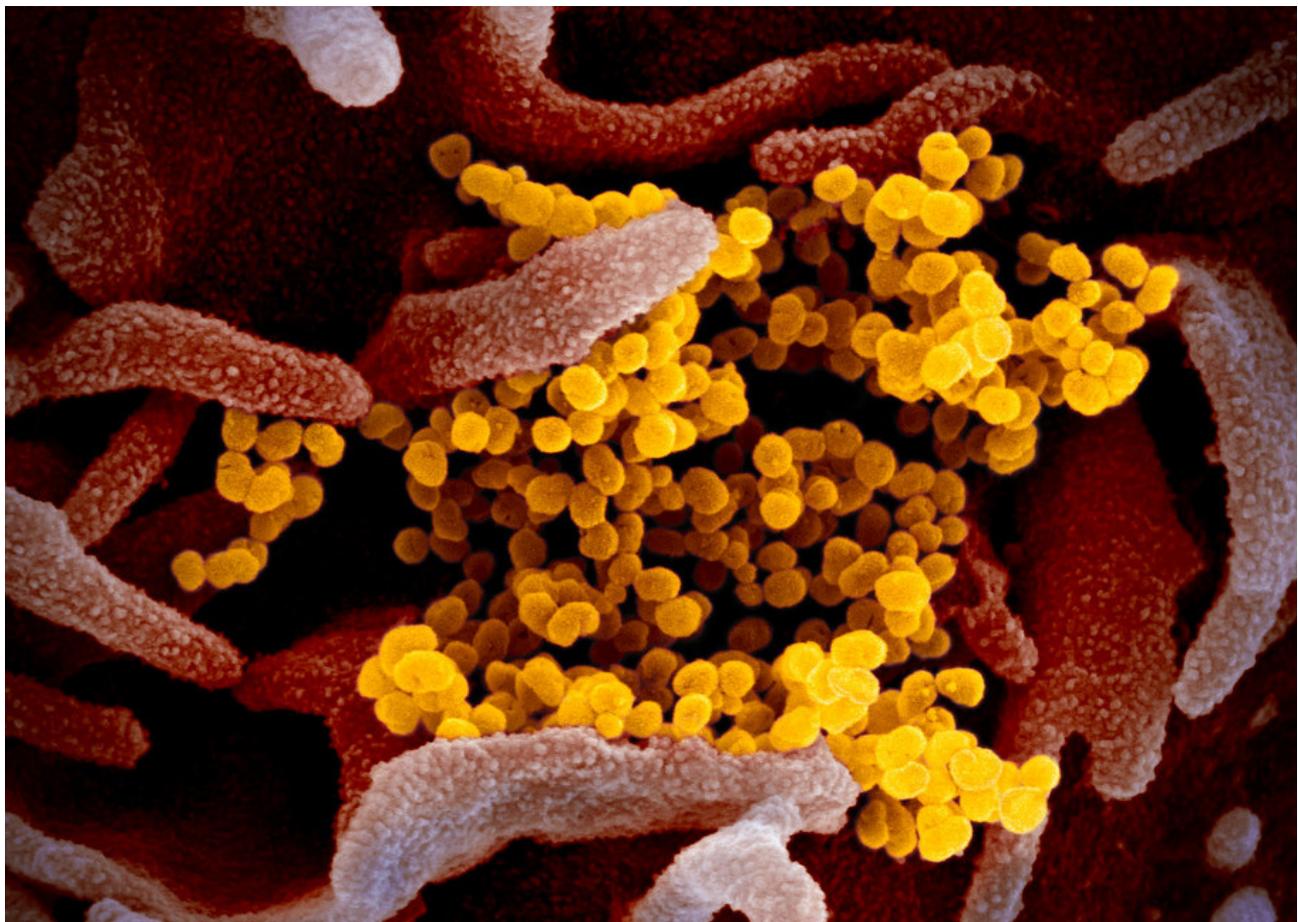
25. Lilienberg Gedanken

## Von Viren, Luntten, Pulverfässern und Flächenfeuern

«Unser Planet steht in Flammen»

«Ich habe kürzlich über den Wind der Hoffnung geredet, aber heute fegt der Wind des Wahnsinns über die Welt.»

Ansprachen von Uno-Generalsekretär Antonio Guterres an Neujahr und am 5. Februar 2020  
(Quelle: Radio SRF 1, Fredi Gsteiger)



Das Coronavirus hält die Welt in Atem. Auch die Schweiz ist mittlerweile betroffen.

## Zusammenfassung

In seinen Ansprachen zu Neujahr und am 5. Februar zeichnete Uno-Generalsekretär Antonio Guterres ein sehr düsteres Bild von der Lage der Welt. Tatsächlich begann das laufende Jahr mit der Tötung des legendären iranischen Generals Kassem Soleimani und mit den apokalyptisch anmutenden riesigen Buschfeuern in Australien sehr dramatisch und besorgniserregend. Zusätzlich ist noch die Coronavirus-Epidemie ausgebrochen, die sich weltweit dramatisch rasch ausbreitet und unabsehbare Folgen haben könnte. Diese Epidemie zeigt auch drastisch die Nebenwirkungen der Globalisierung sowie die Verletzlichkeit der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen auf.

Daneben dauern die anderen Konflikte weiter an und harren einer Lösung, während Europa als globaler Player aussen vor bleibt. Der alte Kontinent ist zu sehr mit sich selber beschäftigt, um auf die grossen globalen Entwicklungen Einfluss zu nehmen. Erfolgreich in ihrer Strategie, global Macht und Einfluss zu gewinnen, sind hingegen vor allem Russland und die Türkei, während die Machenschaften Chinas und Irans an erste Grenzen zu stossen scheinen. Deutlich verschlechtert hat sich in der Zwischenzeit die Lage in der Sahelzone, die völlig ausser Kontrolle zu geraten droht, während in Lateinamerika immer mehr Menschen gegen verkrustete Systeme auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums rebellieren. Positiv zu vermerken ist indessen die Beobachtung, dass immer mehr Menschen und Politiker die äusserst zweifelhaften Machenschaften der Technikriesen und deren auf Überwachung und Ausbeutung der individuellen Daten aufgebauten Geschäftsmodelle zu durchschauen beginnen.

Ob es aber der internationalen Gemeinschaft – um wiederum Guterres zu zitieren - gelingen wird, die Luntten zu den Pulverfässern auszutreten und den «Wind des Wahnsinns» abzuschwächen und in einen «Wind der Hoffnung» zu verwandeln, ist zur Zeit völlig ungewiss. Auch wenn der grosse Schlagabtausch nach der Tötung Soleimanis nicht stattgefunden hat, so hat der Uno-Generalsekretär mit seiner Aussage Recht, dass ein Konflikt den nächsten befeuert, sich Instabilität ausbreitet und die Lage unberechenbar und unkontrollierbar werde und dass letztlich das Risiko von Fehlkalkulationen mit möglicherweise dramatischen Konsequenzen rasant ansteige.

### Putin im Ausland erfolgreich

Wenn es einen globalen Preis für die erfolgreichste Aussenpolitik gäbe, so würde dieser zweifellos Wladimir Putin zustehen – und dies nicht zum ersten Mal. Russland ist mit seiner Aussenpolitik auf fast der ganzen Linie erfolgreich: Im Grossraum Syrien hat es im Rahmen seines Kampfes gegen die letzten Rebellenhochburgen in der Region Idlib seine Macht und seinen Einfluss auf das Regime Assad konsolidiert, gerät aber gerade hier in einen militärischen Konflikt mit der Türkei.

Gleichzeitig wächst – weitgehend unbemerkt - Moskaus Einfluss in Schwarzafrika rasch an, während die Konsolidierung seines Machtbereichs im östlichen Mittelmeer mit der offenen Unterstützung des libyschen Warlords Khalifa Haftar mit Kriegsmaterial und Söldnern bei seinem Eroberungszug gegen Westlibyen und gegen die international anerkannte Regierung in Tripolis fortschreitet. Doch auch hier könnte es zu einer Konfrontation mit der Türkei kommen, hat doch Ankara Truppen nach Libyen geschickt mit dem erklärten Ziel, die Regierung in Tripolis gegen Haftars Ansturm zu unterstützen. Dass Ankara dabei eine zweite Agenda in Libyen verfolgt, ist auch klar. Es möchte seine Hand auf die Erdgaslager vor der libyschen Küste legen, was wiederum Ägypten, Zypern, Israel und Griechenland auf den Plan ruft.

### Gefährlich schwaches Deutschland

Auch in Europa läuft es für Putin weitgehend nach Plan: Die Bereitschaft der EU, die wegen des Ukraine-Konfliktes gegen Russland verhängten Sanktionen weiterzuführen, bröckelt zusehends, während bei den nationalistischen und populistischen Regierungen in Osteuropa (und bei gleichgesinnten politischen Parteien im Westen) Putins Ansehen erstaunlich gross ist – mit Ausnahme Polens und des Baltikums, für das Russland der absolute historische Erzfeind war und ist, was sich unter anderem in der völlig unterschiedlichen Sicht auf den Zweiten Weltkrieg zeigt. Im Weiteren kommt das umstrittene Gasleitungsprojekt Nordstream trotz Widerstand der USA voran. Damit kann russisches Erdgas an Osteuropa und namentlich der Ukraine vorbei in den Westen transportiert werden. Treibende Kraft dahinter sind neben den Russen vor allem die Deutschen, welche alle diesbezüglichen sicherheitspolitischen Bedenken in den Wind schlagen.

Allerdings ist zu erwähnen, dass Putin seine Erfolge nicht nur seiner eigenen Stärke, sondern auch der Schwäche des Westens zu verdanken hat: Der amerikanische Präsident erweist sich als sprunghafter und unberechenbarer denn je und gilt daher auch als unzuverlässiger Bundesgenosse Westeuropas, während die EU selber tief gespalten und zerstritten ist. Die einzige Führungspersönlichkeit der EU, die noch gewisse globale Gestaltungsvorstellungen hat, wäre der französische Präsident Emanuel Macron, der aber mit schweren, strukturellen, aber auch selbstverschuldeten innenpolitischen Krisen beschäftigt ist (Gelbwes-ten, Widerstand gegen die Rentenreform, ungelöstes Banlieue-Problem).

Deutschland, die wirtschaftlich stärkste Macht Europas, ist schwach geworden: Eine einseitig auf Exportförderung um jeden Preis ausgerichtete Steuer- und Finanzpolitik hat das Land ausgezehrt und unzufrieden gemacht. Es muss jetzt das langsame Sterben der Grossen Koalition unter der abgewirtschafteten Langzeit-Kanzlerin Angela Merkel erleben. Deutschlands Schwäche manifestiert sich innenpolitisch im Niedergang der grossen Parteien und zunehmender

Unregierbarkeit (siehe Thüringen) und aussenpolitisch besonders krass im bedenklichen Zustand seiner Streitkräfte, der auch die aussenpolitische Schwäche erklärt. So ist Deutschland nicht in der Lage, seine globale Verantwortung wirklich wahrzunehmen, gewillt ist es wahrscheinlich schon gar nicht.

### **Die Krise des Westens – was ist los?**

Nicht zu Unrecht spricht man von der «Krise des Westens»: Der «Westen» mit seinem demokratisch-liberalen und rechtsstaatlichen Verständnis verliert offensichtlich immer mehr an Attraktivität und Vertrauen bei grossen Teilen der Bevölkerung. Da es vor allem die EU ist, welche diese westlichen Werte zu verkörpern scheint, ist sie es auch, welche diese Entfremdung am meisten zu spüren bekommt. Profiteure sind populistische Parteien in ganz Europa sowie die autoritären Regierungen im Osten, die zunehmend die Karte des Nationalismus und der EU-Feindlichkeit spielen und sich nicht scheuen, offen von ihrem «Illiberalismus» als neue Richtlinie zu sprechen. Sie bringen auch das Thema Immigration und Flüchtlinge ins Spiel und wehren sich gegen eine EU-interne Lösung. Tatsache ist indessen, dass diese Staaten zwar unter der Migration leiden, aber ganz anders, als sie es vorgeben: Sie leiden nämlich unter der gewaltigen Abwanderung von sehr vielen ihrer Bürgerinnen und Bürger in Richtung Westeuropa. Und es sind meistens die besser ausgebildeten und unternehmungslustigeren Menschen, die ihren Ländern den Rücken kehren. Dieser Verlust von vielen Millionen Menschen hat sehr dramatische Auswirkungen auf die Gesellschaft der Zurückgebliebenen, allein nur schon im Gesundheitswesen, wo Zehntausende Fachkräfte abgewandert sind: Das ist eine Kehrseite der EU-Personenfreizügigkeit, von der man allerdings kaum redet.

Der Brexit (respektive seine Ursachen), der Europa drei Jahre lang in Atem gehalten hatte, ist letztlich nichts anderes als die Folge einer Projektion aller Anti-EU-Reflexe – ob sie nun gerechtfertigt sind oder nicht – auf Brüssel. Der Brexit hat Europa während Jahren gelähmt und geschwächt, hat aber Brüssel und seinen Funktionären auch vor Augen geführt, dass die unaufhörlich fortschreitende Integration Grenzen hat und nicht zu einer Stärkung Europas führt, sondern ins Gegenteil verkehren kann. Ob die Lektion in Brüssel aber gelernt wurde, ist ungewiss.

Die Krise des Westens ist vor allem eine Folge des tiefgreifenden Umbruchs in der Gesellschaft. Sie zersplittert sich stark auf beiden Seiten einer neuen Bruchlinie: Neben den vielen Parallelgesellschaften von Einwanderern aus Afrika und dem Nahen Osten entstehen viele Gruppen mit Spezialinteressen, die kaum mehr einen gemeinsamen Nenner haben. Und auch sozial öffnet sich ein grosser Graben, der aber nicht mehr zwischen traditionellen Kapitalisten und Proletariern verläuft, sondern zwischen den Gewinnern und Verlierern der Globalisierung, also vor allem zwischen den Menschen, die dank ihrer Bildung und anderer Voraussetzungen von der Öffnung der

Welt profitieren und denjenigen, die infolge dieser Öffnung und Verlagerung von Arbeitsplätzen vom Abstieg bedroht sind. Das wirkt sich auf die politischen Einstellungen sowie auf die Parteienlandschaften aus.

Verliererinnen dieser Verschiebungen innerhalb der Gesellschaft und der Neubildung der Bruchlinien sind die traditionellen Parteien und hier zunächst vor allem die Linke. Diese hatte sich jahrelang für mehr gesellschaftliche Offenheit und Öffnung (gegenüber Immigranten aller Länder und gegenüber allen anderen – in erster Linie auch sexuellen – Minderheiten) eingesetzt, dabei aber ihre traditionelle Klientel und vor allem diejenigen völlig vernachlässigt, welche unter der Globalisierung und gesellschaftlichen Veränderungen direkt, also materiell und sozial, leiden. Diese neuen «Unterschichten», oder besser formuliert «Verlierer», wählen heute populistisch und nicht mehr sozialistisch. Zudem lauert im Hintergrund die Digitalisierung mit ihren unabsehbaren Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, was die politischen Verhältnisse noch mehr durcheinander schütteln wird. Nicht zuletzt hat das Aufflammen der Klimafrage die traditionelle Linke zugunsten der Grünen geschwächt. Als nächstes dürften die traditionellen bürgerlichen Parteien von diesem Sog erfasst werden.

### **Die neuen Medien und ihre Auswirkungen: die Demokratie in Gefahr**

Bleiben wir kurz beim Stichwort Digitalisierung (auf die wir hier nicht näher eingehen wollen – siehe dazu das im Februar 2020 erschienene Lilienberg Positionspapier mit den *12 Thesen zur Digitalisierung*): Die Digitalisierung hat die Informationslandschaft völlig umgepflügt. Einerseits hat sie zu einem dramatischen Niedergang der traditionellen Printmedien geführt, andererseits aber zum Entstehen vieler neuer digitaler Medien und Informationsplattformen, welche mit sehr geringem Aufwand aufgebaut und unterhalten werden können. Darin können sich vor allem extremistische und weniger extreme Splittergruppen tummeln und ihr Gedankengut – und sei es noch so abstrus – ohne grossen Aufwand verbreiten.

Unter der Digitalisierung im Medienbereich leiden vor allem die traditionellen Medien. Gemeint sind hier alle Medien, die auf gut ausgebildete Journalistinnen und Redaktoren setzen. Vor allem sind es natürlich die Printmedien, aber auch Radio und Fernsehen. Sie alle leiden vor allem darunter, dass sich der Werbemarkt völlig verändert hat und dass die Techgiganten aus Kalifornien einen grossen Teil der Werbegelder absaugen, allein in der Schweiz sollen es rund 50 Prozent des Aufkommens sein. Diese Gelder waren früher schon unverzichtbar für die Finanzierung der Medien. Fallen nun diese Ressourcen weitgehend weg, so wird es für den Qualitätsjournalismus, der auf hochqualifizierte Berufsleute setzt, noch enger. Bezahldienste haben bisher nicht wirklich funktioniert, denn auch hier graben die Techriesen mit ihren vermeintlichen Gratis-Angeboten den Medien das

Wasser ab. Dass die Konsumenten diese Dienstleistungen mit ihren Daten bezahlen, ist die eigentliche Wahrheit, darum setzen auch immer mehr traditionelle Medien auf diese Karte. Fazit: Wer angesichts der Nöte der Printmedien vor allem auf den Markt verweist, soll sich diese Tatsachen ebenfalls vor Augen führen: *Der Markt richtet auch hier nicht alles!*

Die Erosion der traditionellen, respektive Qualitäts-Medien sowie die sich ausdünnende politische Mitte führte über kurz oder lang dazu, dass die Debattenkultur verloren geht und damit der politische Dialog auf marktschreierisches Kundtun der eigenen Position, wenn möglich angereichert durch tüchtige Portionen von Moral, reduziert wird. Für eine funktionierende Demokratie, die auf allgemein anerkannte Informationen und eine sachlich-fundierte Debattenkultur angewiesen ist, ist diese Entwicklung brandgefährlich.

*Parteidisziplin und Fraktionszwang:* Die Demokratien leiden unter einer Erscheinung, die für viele Staaten noch relativ neu ist und damit noch nicht wirklich als Problem erkannt ist, nämlich die Tendenz in den Parlamenten zum Fraktionszwang. So auch in der Schweiz, wo die meisten Parteien dazu übergehen, ihre Abgeordneten unter dem Stichwort Parteidisziplin an die Kandare zu nehmen. Das ist mehr als nur bedenklich: Einerseits ist das in den meisten Verfassungen verboten und zweitens verhindert es, dass die Abgeordneten nach eigenem Wissen und Gewissen Entscheidungen treffen und somit in der Lage sind, tragfähige Kompromisse zu finden und zu schliessen. Wohin das führt, sieht man in den USA, wo die Republikaner ihren Präsidenten – und mag er sich noch so daneben aufführen, durch dick und dünn die Stange halten. Das hochkant gescheiterte Impeachmentverfahren hat das wieder ganz deutlich gezeigt.

### **Die USA sind immer weniger zu verstehen**

Die innenpolitische Situation in den USA ist ein Musterbeispiel für die zunehmende Polarisierung, welche sich in verschiedenen demokratischen Staaten abzeichnet. Zwischen den beiden grossen Parteien, den Demokraten und den Republikanern, herrscht tiefe Feindschaft, die so weit geht, dass sich diese beiden Parteien im Kongress unversöhnlich gegenüber stehen und kaum mehr für Kompromisse bereit oder fähig sind. Das nicht aufgrund des Inhaltes, sondern wegen der von Beginn weg unsicheren Erfolgsaussichten sehr fragwürdige Impeachmentverfahren und das Triumphgehebe Trumps nach dessen Scheitern, haben diesen Graben zwischen den politischen Lagern noch vertieft. Mittlerweile hat dieser Gegensatz auch weite Teile der Gesellschaft erfasst. Zum Teil geht die gegenseitige Abneigung so weit, dass sich beispielsweise viele republikanisch wählende Familien nicht vorstellen können, einen Mann zum Schwiegersohn zu haben, der demokratisch wählt – und umgekehrt.

Die Welt muss sich langsam mit der Vorstellung anfreunden, dass im kommenden November der Sieger der Präsidentenwahlen erneut Donald Trump heissen

wird. Daran sind aber die Demokraten nicht unschuldig, da sie einerseits erneut nicht in der Lage sind, eine wirklich wählbare Persönlichkeit aufzustellen und andererseits die Probleme und Nöte vieler Amerikanerinnen und Amerikaner nicht erfasst haben, geschweige denn überhaupt ernst nehmen.

Bei Trump hingegen haben diese Menschen das Gefühl, ernst genommen zu werden, auch wenn Trumps Politik sie schon gar nicht weiterbringt. Und Trumps Partei, die Republikaner, halten so lange zu ihm, als dass seine Politik ihnen und ihrem Bankkonto nützt. Von Allgemeinwohl und Verantwortung keine Spur – mit einigen wenigen Ausnahmen, wie dem früheren Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney, der als einziger Republikaner im Senat gegen Trump gestimmt hat sowie einigen philanthropen Milliardären, welche Weitblick haben.

### **Wo Trump Recht hat**

Die Politik und das Verhalten des amerikanischen Präsidenten Donald Trump und seine Folgen für die Welt und Europa ist oben ziemlich ausführlich behandelt worden. Es gibt aber Bereiche, wo Trump mit seinen Vorstössen und seinem Gepolter Recht hat. Besonders erwähnt werden sollen verschiedene Aspekte der Handelspolitik gegenüber China und das Thema Iran. Unter anderem wehrt sich Trump dagegen, dass China, das bald die USA als grösste Wirtschaftsnation der Welt einholen wird, vielerorts noch den Status eines Entwicklungslandes genießt – mit Privilegien gegenüber den Industrienationen. Zum Beispiel im Rahmen des Weltpostvereins: Die Entwicklungsländer geniessen hier Privilegien, beispielsweise bei den Beförderungstarifen. So kommt es, dass der Versand-Supergrosshändler Alibaba die Welt – und damit auch die USA und Europa – mit seinen Sendungen überflutet und dabei erst noch indirekt von den anderen Staaten respektive der Konkurrenz subventioniert wird. Alibaba verschickt seine Pakete zu deutlich tieferen Preisen als amerikanische oder europäische Versandhändler.

Die einseitige Aufkündigung des Iran-Deals durch die USA hat weltweit für Entrüstung und Kritik gesorgt, dabei hat Washington eigentlich nur dem Umstand Rechnung getragen, dass Iran nie im Traum daran gedacht hat, auf die Entwicklung von Atomwaffen zu verzichten. Die Arbeiten gingen heimlich weiter – Indizien dafür gab und gibt es immer wieder. Weiter haben die Iraner die Zeit nach Abschluss des Vertrages dazu benutzt, ihr Raketenarsenal (siehe nächster Abschnitt) sowie ihre militärisch-politische Präsenz im Nahen Osten weiter auszubauen.

## Das Chaos in Nahost dauert an – und Lichtblicke

Wie eingangs bereits erwähnt, hat der Anfang Jahr befürchtete grosse Schlagabtausch zwischen den USA und Iran nicht stattgefunden, doch seit dem Anschlag auf Soleimani und dem iranischen Raketenangriff auf US-Stützpunkte in Irak ist die Spannung merklich gestiegen.

Derweil geht das Blutvergiessen und Zerstören in Syrien und Jemen weiter. In Syrien machen die Truppen Assads mit tatkräftiger und völlig skrupelloser Unterstützung Moskaus der letzten Rebellenhochburg, Idlib, den Garaus. Zehntausende von Menschen verbringen ihre Tage damit, im Bomben- und Granathagel zu überleben und ihr nacktes Leben zu schützen. Weitere Hundertausende befinden sich irgendwo auf der Flucht. Wie es dann in Syrien einmal weiter gehen wird, wenn auch diese Ecke erobert sein wird, kann man sich kaum ausdenken. Fest steht, dass Assads Schergen nach der Eroberung von ehemals feindlich gesinnten Städten und Landstrichen furchtbare Rache an ihren Gegnern üben, diese vernichten lassen und deren Familien vertreiben, um dann andere Menschen anzusiedeln und die lokalen Erinnerungen und Kulturen auszuwischen. Syrien wird ein völlig anderes und geschichtsloses Land sein, die Zerstörungen und Vernichtungen werden beispiellos sein für diese alte Kulturregion. Das gleiche gilt in Jemen, wo die Zivilbevölkerung seit Jahren unter Zerstörungen und Entbehrungen leidet, ohne dass ein Ende absehbar wäre.

Eine bemerkenswerte Entwicklung lässt sich innenpolitisch in mehreren arabischen Ländern feststellen, so im *Irak* und im *Libanon*. Hier gehen die Menschen trotz Einschüchterungen und Repressalien gegen ihre korrupten und unfähigen Regierungen auf die Strasse, und auch – und das ist bemerkenswert – gegen die iranische Einmischung und Bevormundung. Die Gefahr ist gross, dass in beiden Staaten die iranischen Stützen der jeweiligen Staatsmacht (im Irak die schiitischen Milizen, im Libanon die allmächtige ebenfalls schiitische *Hisbollah*) die Protestbewegungen in einem Meer von Blut ertränken könnten, wie das im Iran im vergangenen Herbst passiert ist, als das Regime die Proteste in weit über hundert Städten mit grösster Gewalt niedergeschlagen hatte – ohne dass man das hierzulande wirklich zur Kenntnis genommen hat.

Derweil schwelt der «traditionelle Nahostkonflikt» um *Israel* und die *Palästinenser* weiter (seit 1947!), hat aber eine zusätzliche Fussnote mit dem ziemlich bizarren amerikanischen Friedensplan erhalten, der sehr einseitig zugunsten Israels formuliert ist und kaum Erfolg haben dürfte. Israel ist zweifellos nach wie vor der militärisch stärkste Staat in der Region und hat es fertig gebracht, sich inmitten des nahöstlichen Chaos unbeschadet zu behaupten, indem es sich mehr oder weniger diskret der anti-iranischen Koalition mit Saudiarabien und den Golfstaaten annähert und von der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Grosswetterlage profitiert. Aber das Land steht

mit dem Rücken zur Wand und muss einen gigantischen Aufwand betreiben, um seinen militärischen Vorsprung zu behaupten. Seine Feinde, die sich seit einigen Jahren um die Iraner scharen, machen überall Druck: die iranischen Streitkräfte und schiitischen Milizen in Syrien, die libanesische *Hisbollah* und die Hamas im Gazastreifen. So lange Jerusalem auf ein gewisses Verständnis in Moskau zählen kann (dem Irans Einfluss auch nicht geheuer ist), kann es mehr oder weniger ungehindert iranische Basen in Syrien bombardieren.

### Raketen und Marschflugkörper

Bemerkenswert – und natürlich auch sehr besorgniserregend – ist die Aufrüstung der Iraner und ihrer Verbündeten in Libanon und Jemen mit Raketen aller Art, aber auch mit Marschflugkörpern. Die Raketenangriffe der jemenitischen Huthi auf Ziele tief in Saudiarabien sowie der schwere Angriff auf saudische Erdölanlagen (vermutlich von Iran aus) zeigen deutlich, wie effektiv diese Waffen sind. In den letzten Jahren hat Iran Zehntausende Raketen aller Art und Reichweiten produziert und verteilt. Hauptabnehmerin ist die libanesische *Hisbollah*, welche über ein gewaltiges Arsenal besitzt – und vor dem sich Israel am meisten fürchtet. Schon 2006 erlitt Israel durch den Raketenhagel aus Südlibanon erhebliche zivile Verluste. Allerdings war damals das Raketenarsenal der *Hisbollah* gegenüber heute noch relativ bescheiden. Gefährlich indessen ist vor allem die Massierung solcher Angriffe (auch aus dem Gazastreifen), welche die an sich ausgezeichnete israelische Raketenabwehr schlicht überfordern kann.

### Afrika – kaum besser als sein Ruf

Der Krisenkontinent Nummer 1 ist und bleibt nach wie vor Afrika. Hier hat sich in den vergangenen Jahren nur an ganz wenigen Orten das Blatt zum Besseren gewendet, doch auch dort bleibt die Situation sehr fragil. Am meisten Hoffnung geweckt hat der neue äthiopische Ministerpräsident Abiy Ahmed, der nach Jahrzehnten autoritärer und gewalttätiger Regierungen seiner Vorgänger, eine politische Öffnung eingeleitet hat und in einem dramatischen Schritt auf den verfeindeten Nachbarn Eritrea eingegangen ist, mit dem das Land seit 1998/2000 im eigentlichen Kriegszustand lebt. Doch Abiys Rolle ist nicht unumstritten. Die vier grössten Ethnien kämpfen um die Vorherrschaft oder für frühere Privilegien, so dass die Gefahr eines Bürgerkrieges nicht zu unterschätzen ist. Eritrea hat aber seine totalitäre Politik der Abschottung überhaupt nicht aufgegeben.

Im Weiteren leidet der Grossteil der afrikanischen Staaten unter einem gewaltigen Bevölkerungswachstum, das nach wie vor anhält und sehr viele Fortschritte immer wieder zunichte macht (siehe 24. «Lilienberg

Gedanken»: Afrika braucht jedes Jahr Millionen neue Arbeitsplätze vom August 2019). Die internationalen Entwicklungsorganisationen und *Links-Grün* haben das Thema aus rein ideologischen Gründen sehr lange kleingeredet und damit in dieser Beziehung viele Jahre vergeudet. Das andere Hauptproblem des Kontinentes, die grassierende Korruption und Misswirtschaft – , ein Haupthindernis für eine erfolgreiche Entwicklung für den Aufbau eines einheimischen Unternehmertums – wurde hingegen von *bürgerlicher Seite* nicht beachtet, da sehr viele westliche Firmen, so Rohstoffkonzerne und Finanzinstitute, gut an Misswirtschaft und Korruption verdienten, vor allem auch in der Schweiz, wo unter anderem auch deswegen die *Konzernverantwortungsinitiative* ansteht!

Eher tragisch ist die Beobachtung, dass die einstigen europäischen Kolonialherren und ihre (wirtschaftlichen) Nachfolger als Ausbeuter Afrikas durch die Chinesen abgelöst werden, die in Afrika überall Fuss gefasst haben. Mit ihren grossen Projekten und grösszügigen Finanzhilfen scheren sie sich nicht um eine gute Regierungsführung, sondern versetzen die Staaten durch Knebelverträge in grosse Abhängigkeiten. Sehr viele Infrastrukturprojekte sind beispielsweise überdimensioniert oder wurden ohne Rücksicht auf Bevölkerung und Umwelt realisiert.

### **Unterschätzter Krisenherd Sahel**

Eine Grosszone, die uns alle noch zu schaffen machen wird, ist die Sahelzone – so gross wie ganz Westeuropa –, vor allem die Staaten Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad. Diese Region ist in den vergangenen Jahren zu einem gewaltigen rechtslosen Raum geworden, in dem sich islamistische Terroristen, Banditen, Menschen- und Drogenschmuggler sowie Stammesmilizen tummeln und die Kontrolle ausüben. Die miserable wirtschaftliche Lage, die durch ein beispielloses Bevölkerungswachstum und den Klimawandel befeuert wird, beraubt Millionen von jungen Menschen jeglicher Perspektive. Gewaltbereitschaft und der Wille zum Auswandern sind überall vorhanden. Die islamistische Ideologie und das schnelle Geld durch Schmuggel führen den Banden immer neue Kämpfer zu. Waffen und militärische Ausrüstung sind aus der Zeit des Unterganges des Gaddafi-Regimes in Libyen zu Hauf vorhanden.

Wohl engagiert sich Westeuropa, namentlich Frankreich, mit beachtlichen militärischen Mitteln in der Region, doch militärische Macht hilft nicht weiter. Gefragt wären gute Regierungsführung, Familienplanung und Arbeitsplätze sowie umfassende ökologische Massnahmen. Von all dem ist die Region sehr weit entfernt. Das Pikante für Europa: Die Sahelzone ist ein Problem, das Europa alleine stemmen muss, denn hier interessiert sich der viel kritisierte grosse Bruder USA einfach nicht. Europa hat auch viel zu verlieren. Ein völliger Zusammenbruch der oben genannten Staaten würde den Migrationsdruck nach Europa massiv erhöhen! Deutschland beispielsweise beginnt erst jetzt, das auch zu erkennen.

### **Coronavirus bremst Chinas Vormarsch**

Erstmals scheint China mit seinem ambitiösen und zunehmend aggressiv vorangetriebenen Vorhaben, zur wirtschaftlichen Supermacht und militärischen Grossmacht zu werden und seinen Einfluss weltweit auszuweiten (siehe Belt and Road-Initiative) an Grenzen zu stossen. Dazu ist im Sommer 2019 ein eigenes umfangreiches Papier publiziert worden (23. «Lilienberg Gedanken»).

Zunächst widersetzt sich die Bevölkerung der Sonderzone Hongkong vehement dem Versuch Peking, die ehemalige britische Kronkolonie noch mehr gleichzuschalten. Gewaltsame Proteste, vor allem der Jugend, haben diese Grossstadt beherrscht und die Einführung pekingfreundlicher Gesetze verhindert. Aber auch die Nachbarländer im Osten und Süden, die sich durch das chinesische Ausgreifen auf das Südchinesische Meer zunehmend bedroht fühlen, scheinen sich jetzt ernsthafte Gedanken über Möglichkeiten des Widerstandes zu machen.

Doch den Hauptrückschlag erleidet Peking jetzt mit dem Coronavirus. Dieser hat gleichsam über Nacht in weiten Teilen des Landes das Leben und die Wirtschaft gelähmt, ohne dass ein Ende in Sicht wäre. Während die wirtschaftlichen Schäden – weltweit, wegen der Globalisierung – immer grösser werden, ist noch unklar, welche innenpolitische Auswirkungen diese Epidemie haben wird. Zweifellos wäre jedes andere Land von einer solchen Situation massiv herausgefordert, zweifellos hat Peking jetzt energisch und entschlossen reagiert. Doch das alles darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in China alles etwas anders ist als im Westen: Der Alleinherrschaftsanspruch der Kommunisten und ihres fast allmächtigen Führers Xi Jinping sowie die rigorose Überwachung der Bevölkerung wird mit dem Versprechen erkaufte, die Regierung Sorge im Gegenzug für Sicherheit und Wohlstand, damit natürlich auch für die Gesundheit. Und dieser «Pakt» zwischen Partei und Gesellschaft könnte gefährlich ins Wanken kommen, wenn die Krise nicht bald gelöst wird.

Gerade die anfängliche Unfähigkeit der Behörden, das Ausmass des Problems zu erkennen, hat die Grenzen des chinesischen Modells schonungslos aufgezeigt. Die Machtballung bei einer kleinen Elite und der grenzenlose Kontrollwahn ersticken auf die Dauer Selbstverantwortung und Eigeninitiative. Das sollten sich hier im Westen all jene Menschen (vor allem Wirtschaftsleute) vor Augen führen, welche der Meinung sind, das chinesische Modell sei der Demokratie überlegen!

### **Indien: Die Gewürzstrasse und Ärger mit Kaschmir**

Ein grosses Land mit einer riesigen Bevölkerung ist Indien, das aber immer noch im Schatten des grösseren und ungleich mächtigeren Chinas steht. Indien setzt ebenfalls auf eine forcierte wirtschaftliche Entwicklung und will China nachahmen. Dafür hat es die

Idee der «Gewürzstrasse» (als Pendant zur «Seidenstrassen-Initiative») lanciert, die aber noch in den Kinderschuhen steckt. Auch wenn Indien Erstaunliches hervorbringt, wie beispielsweise die IT-Cluster und Zehntausende von Computerspezialisten, so darf das nicht darüber hinweg täuschen, dass in weiten Teilen des Landes die Realität ganz anders aussieht und nach wie vor von bitterer Armut; Kastenwesen, Frauendiskriminierung und Ausbeutung geprägt wird – und neuerdings durch einen um sich greifenden Hindu-Nationalismus, der von der gegenwärtigen Regierung von Narendra Modi massiv angeheizt wird. Just dieser gleiche Hindu-Nationalist in New Delhi hat auch den Kaschmirkonflikt angeheizt, indem er das Sonderstatut dieses Territoriums verändert hat – zuungunsten der einheimischen Bevölkerung. Dieses Vorgehen hat Unruhen ausgelöst und wieder den Erzrivalen Pakistan auf den Plan gerufen, der seit der Teilung des Subkontinentes zwischen Indien und Pakistan Anspruch auf Kaschmir erhebt und einen Teil des einstigen Fürstentums kontrolliert. Kaschmir ist zweifellos das am meisten militarisierte Gebiet der Welt, sowohl Indien und Pakistan, als auch China haben in dieser Ecke Truppen konzentriert. Delhi hat in der Region zudem Zehntausende von Polizisten und Sondereinheiten stationiert, um die widerspenstige Bevölkerung unter Kontrolle zu behalten. Der jahrzehntealte Konflikt zwischen Indien und Pakistan wirkt sich auch auf Afghanistan aus, wo beide Staaten versuchen, ihren Einfluss auszuweiten, derweil sich die Taliban Schritt um Schritt an die Macht zurückbewegen. Auch dieses Land am Hindukusch bleibt ein Krisengebiet.

### **Lateinamerika im Aufruhr**

Auch Lateinamerika scheint grossflächig im Aufruhr zu sein. In verschiedenen Staaten kam es zu regelrechten Volksaufständen – mit unterschiedlicher Stossrichtung: Doch alle haben etwas Gemeinsames: Die Bevölkerung wehrt sich einerseits gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit und andererseits gegen politische Langzeitherrscher und ihre krakenartigen Klientelparteien. Im Andenstaat Bolivien hat die Bevölkerung den Präsidenten Evo Morales aus dem Amt ins Exil gejagt, da dieser sich erdreist hatte, nicht nur die Verfassung zu brechen und eine vierte Amtszeit anzutreten, sondern auch die Wahlen offensichtlich zu manipulieren. Interessant ist dabei, dass viele seiner früheren Anhänger und Wegbereiter massgeblich an diesem Aufstand beteiligt waren!

Auch in Ecuador richtete sich der Zorn der Strasse gegen die linksgerichtete Regierung, während in Argentinien der liberale Politiker Macri (selbstverschuldet) gescheitert ist und wieder den Linkspopulisten Platz machen musste. In Chile wiederum gehen die Menschen auf die Strasse, um gegen die gravierenden sozialen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, die aus der Ära Pinochet stammen, zu protestieren. In Venezuela sind alle Versuche der Opposition hoffnungslos gescheitert, das semitotalitäre und völlig desaströse Regime Maduro zu beseitigen. Eigentlich ist es keine Regierung, sondern ein Verbrechersyndikat,

welches mit kubanischer Unterstützung das Land und alle seine Rohstoffe kontrolliert.

Daneben versinken andere Staaten, wie Mexiko, Honduras oder El Salvador im Elend und im Terror des Drogenkrieges oder des nackten Banditentums, ohne dass sich hier eine Wende abzeichnen würde.

### **Australien: das Tschernobyl der Klimakrise**

Kaum ein anderes Ereignis manifestierte in jüngster Zeit so sehr den Klimawandel wie die Buschbrände apokalyptischen Ausmasses in Australien zur Jahreswende. Hunderttausende von Hektaren Wald- und Buschland sind den Flammen zum Opfer gefallen, haben sehr hohe materielle und vor allem immaterielle Schäden an Flora und Fauna angerichtet und die australischen Schutz- und Rettungsorganisationen überfordert und in die totale Erschöpfung getrieben. Als *Tschernobyl der Klimakrise* ist diese Feuersbrunst schon bezeichnet worden, aber ganz ähnlich wie damals beim historischen Tschernobyl, haben viele Verantwortliche – erstaunlicherweise vor allem vor Ort – dieses Menetekel, die buchstäbliche Flammenschrift an der Wand, nicht ernst genommen, am wenigsten der australische Ministerpräsident Scott Morrison, der nach wie vor vom Klimawandel nichts wissen will und der Kohleindustrie des Landes die Stange hält.

Auch anderswo macht sich der Klimawandel immer stärker bemerkbar. Es sei hier nur auf die Häufung von schweren Stürmen, warmen Wintern und trockenen Sommern verwiesen sowie auf das Ansteigen der Meeresspiegel, das den Lebensraum von Hunderten von Millionen Menschen bedroht. Auch hierzulande gibt es immer noch sehr viele Menschen, die oft wider besseres Wissens die Existenz des menschenverursachten Klimawandels bestreiten und sich nur über die Klimaaktivisten ärgern.

### **Ausserhalb der Aufmerksamkeit: Die Pole und ihre Schätze**

Eine Schlagzeile hat bei den meisten Menschen nur ein höhnisches Grinsen ausgelöst, statt nachdenklich gemacht: Die Verlautbarung von US-Präsident Trump, *Grönland* kaufen zu wollen. Hinter dieser ungewöhnlichen Bekanntmachung steckt nämlich sehr viel mehr als nur eine weitere Laune des Präsidenten. Weit mehr jedenfalls als wir gemeinhin annehmen und denken. Es geht nämlich um die wachsende Bedeutung einer riesigen Region, die wir bisher kaum beachtet haben: Das Gebiet rund um den Nordpol, die Arktis. Dazu gehören eben wie erwähnt die riesige Insel Grönland, der unendliche Norden Kanadas, Spitzbergen, das riesige Territorium Nordsibiriens mit seinen vorgelagerten Inseln wie Nova Semlja, die Neusibirischen Inseln, die Wrangelinseln und Nordalaska – sowie die Seewege *Nordost-Passage* und *Nordwest-Passage*.

Alle diese Gebiete waren während Jahrtausenden tief von Schnee und Eis bedeckt, während die beiden

erwähnten Seewege – eigentlich schon seit langem bekannt – nur im Hochsommer mit Eisbrechern befahren werden konnten. Wegen der Klimaerwärmung beginnen alle diese Regionen aufzutauen, Schnee und Eis schmelzen weg. Neben den unabwägbareren Folgen, welche dieses Auftauen für das Weltklima haben wird, werden plötzlich riesige Gebiete einfacher zugänglich, die man früher kaum erreichen und kaum nutzen konnte. Damit werden auch die Bodenschätze, die unter diesen Zonen vermutet werden, erschliessbar. Was das heissen kann, zeigt die bereits heute schon beachtliche – aber ökologisch höchst bedenkliche – Erdöl- und Erdgasförderung in Nordibirien und in der Barentssee nördlich von Norwegen sowie in Alaska. Diese Bodenschätze wecken daher auch das Begehren vieler Staaten und Unternehmen.

Aber auch hier haben die westlichen Länder diese geostrategische bedeutende Entwicklung verschlafen – im Gegensatz zu den Russen, welche in den vergangenen Jahren ihre alten Stützpunkte aus der Sowjetzeit reaktiviert und neue angelegt haben. Die Russen haben damit auch erkannt, dass die Region von grosser strategischer Bedeutung ist, nachdem sie nach dem Ende des Kalten Krieges weitgehend in Vergessenheit geraten ist. In diesem Kontext muss man also Trumps «Kaufabsicht» sehen, denn auch Grönland ist sehr reich an Bodenschätzen jeglicher Art. Übrigens: Auch die Chinesen haben schon in Grönland angeklopft – vorerst ohne Erfolg.

In der Antarktis läuft ebenfalls einiges. Auch hier haben die Chinesen längst Fuss gefasst und Stützpunkte aufgebaut. Nur ist dieser Kontinent noch sehr weit entfernt, viel weiter jedenfalls von den Zentren des Globus als die Arktis. Aber auch hier wird man aufmerksam die Entwicklung beobachten müssen.

### **Und die Schweiz: Ein desinteressiertes Volk muss über die Sicherheit des Landes abstimmen**

Ob man es gut oder nicht findet, es ist leider eine Tatsache, dass die ganze Welt aufrüstet und zwar ganz massiv. Dies trifft nicht nur auf die Grossmächte und die in Konflikten verwickelten Regionalmächte zu, sondern auf viele andere Staaten dieser Welt, so auch auf die meisten europäischen Staaten – mit der grossen Ausnahme Deutschlands, über dessen Streitkräfte wir zuvor schon kurz gesprochen haben.

Als eine dieser Ausnahmen muss man leider auch

die Schweiz bezeichnen, denn die Modernisierung der Ausrüstung der Schweizer Armee – vor allem mit modernen Waffensystemen – wurde jahrelang sträflich vernachlässigt, ja, man hat sogar Systeme abgebaut und verschrottet, die noch lange einen gewissen Dienst hätten leisten können. Dank dem beherzten Eingreifen von engagierten armeerfreundlichen Kreisen konnte noch Schlimmeres verhindert werden, so zum Beispiel die frühzeitige Ausserdienststellung des Tigers! Fehlgeleitete Bundesräte und schwache Armeechefs haben in einer Art vorauseilendem Gehorsam nach dem Kalten Krieg den Politikern eine möglichst hohe «Friedensdividende» ausschütten wollen, ohne auf die Substanz und die rasche Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage zu achten.

Aber nach Jahren des Abbaus kommt endlich wieder eine positive Bewegung ins System, und zwar in Form der Erneuerung der Luftverteidigung Schweiz. Erfreulicherweise hat sich das armeenahere Lager im Parlament durchgesetzt und dem Planungsbeschluss für den Kauf von neuen Kampfflugzeugen zugestimmt. Zugestimmt hat sie leider auch einer Motion, welche die Unterstellung des Geschäfts unter das fakultative Referendum verlangt, so dass das Schweizer Volk über ein Rüstungsgeschäft abstimmen muss, über das abschliessend zu bestimmen nach Verfassung und Gesetz eigentlich das Parlament selber zuständig wäre.

Nun muss ein von den Behörden nicht ausreichend informiertes, aber auch desinteressiertes Volk über diese Erneuerung der Flugzeugflotte befinden, ein Volk, das mehrheitlich zwar zur Kenntnis nimmt, dass auch an Europas Rändern (und in der Nähe ihre Badestrände) die Welt in Aufruhr steht, ein Volk, das aber immer noch der Meinung ist, das gehe uns alles eigentlich nichts an. Deshalb ist die Kampfflugzeug-Vorlage leider noch nicht in trockenen Tüchern.

Dass die Bevölkerung so schlecht informiert ist, ist ebenfalls ein Versäumnis der Politik und des früheren VBS. Man hat es verlernt, sich für die eigene Sache einzusetzen und in diesem Zusammenhang frühzeitig eine breite sicherheitspolitische Debatte anzustossen, obwohl es auch in dieser Beziehung nicht an Mahnern gefehlt hatte. Zu diesen gehörte in den vergangenen Jahren auch der Lilienberg, der seit seiner Gründung vor über 30 Jahren vor und hinter den Kulissen aktiv war und ist, so auch im Abstimmungskampf neue Kampfflugzeuge.

---

#### **Herausgeberin**

LILIENBERG  
Blauortstrasse 10  
CH-8272 Ermatingen  
Telefon +41 71 663 23 23  
info@lilienberg.ch  
www.lilienberg.ch

#### **Text**

Christoph Vollenweider,  
Leiter Programm und Publikationen

#### **Lektorat/Layout**

Stefan Bachofen

#### **Druck**

Christian Walker, Ferag AG